



Die Volksinitiative –  
Durch Fokussierung zu  
mehr Demokratie, 2015

[avenir-suisse.ch/44727](http://avenir-suisse.ch/44727)



Konkordanz in der Krise  
– Ideen für eine Revitalisie-  
rung, 2011

[avenir-suisse.ch/6887](http://avenir-suisse.ch/6887)

## Instrumentalisierung der Volksrechte

Nicht nur die «Individualisierung», sondern auch die «Globalisierung» und der «Technische Wandel» (Digitalisierung) haben wohl ihren Anteil an der zunehmend polarisierten Schweizer Politlandschaft (siehe Hermann 2011: 32 ff für eine genauere Diskussion hierzu), die die traditionelle Konkordanz gefährdet. Schon immer Gegenpol dieser Konkordanz war die direkte Demokratie – hier werden Entscheidungen nicht im Konsens, sondern nach dem Mehrheitsprinzip gefällt. Diese Entscheide sind weniger konsistent, weniger vorhersehbar und möglicherweise mutiger (oder auch ängstlicher) als die wenig spektakulären, berechenbaren und breit abgestützten Beschlüsse von Regierung und Parlament (Häusermann 2015). Für kleine, offene Volkswirtschaften wie die Schweiz ist diese Berechenbarkeit von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung. Katzenstein (1985) zeigte, dass verhandlungsbasierte, inklusive Entscheidungsprozesse in solchen Volkswirtschaften deshalb sehr verbreitet sind.

### Fast keine Konkordanz mehr im Bundesrat

Volksinitiativen und Referenden sollen garantieren, dass die oft hinter verschlossenen Türen ausgehandelten Kompromisse nicht am Volk vorbeilaufen. Von dieser Kernidee hat sich die direkte Demokratie seit Mitte der 1990er-Jahre entfernt. Sie wird nicht mehr nur von übergangenen Minderheiten als Korrektur gegenüber dem Konsens eingesetzt, sondern zunehmend von jenen Akteuren, die diesen Konsens eigentlich hüten sollten (Häusermann 2015). Das zeigt eine Analyse der Parolen der Bundesratsparteien für Volksabstimmungen: Von Werten um 60% sank die Konsenshäufigkeit auf unter 10%. Rein statistisch gesehen ist die Konkordanz also Geschichte.

Ob unter diesen Voraussetzungen die direkte Demokratie die gleiche positive Rolle spielen können wie in der Vergangenheit, ist unklar. Umso störender ist vor diesem Hintergrund, dass die Hürden für Volksinitiative und Referendum kontinuierlich gesunken sind: Musste 1960 (als die «Zauberformel» im Bundesrat in Kraft trat) eine Volksinitiative von 3,35% und ein Referendum von 2,01% der Stimmbürger unterzeichnet werden, sind es heute noch 1,89% bzw. 0,94%. Die Digitalisierung hat zudem die Möglichkeiten zur Mobilisierung der Stimmbürger schon heute erweitert und wird das in Zukunft (Stichwort eDemocracy) noch stärker tun.

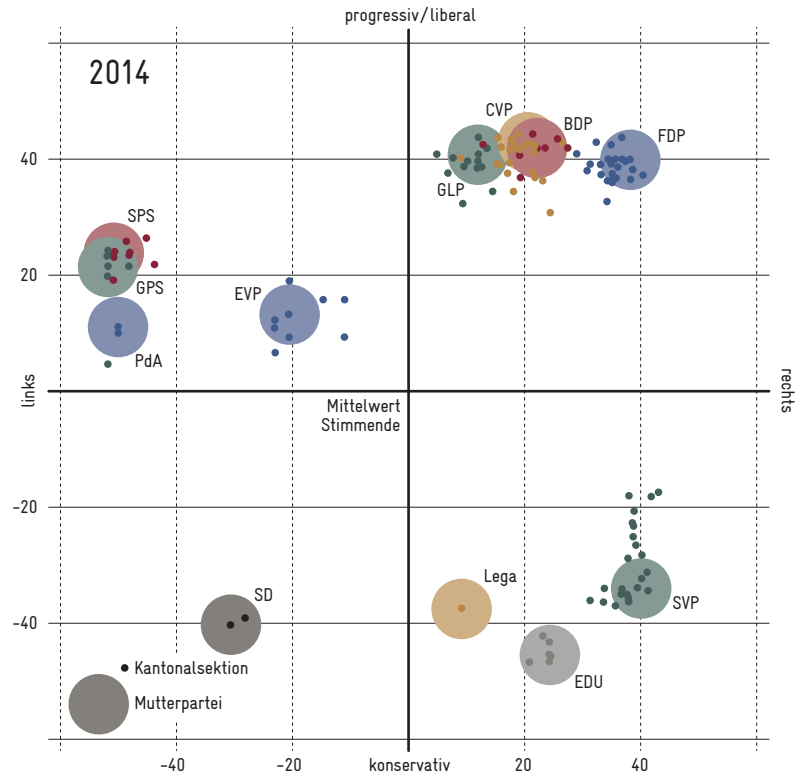
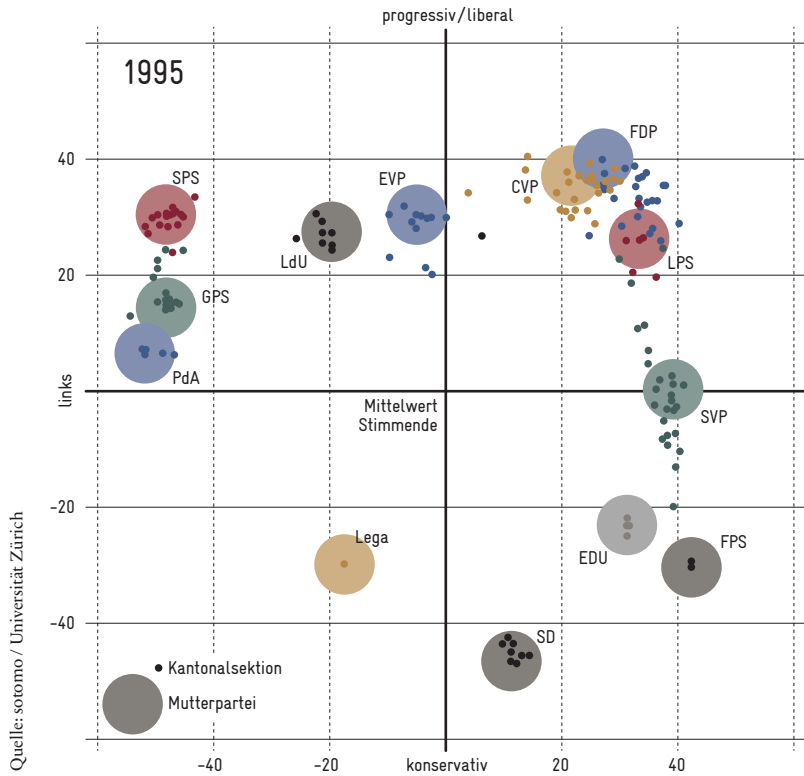
### Mehr Unterschriften für die Volksinitiative

Es ist daher naheliegend, die geforderte Un-

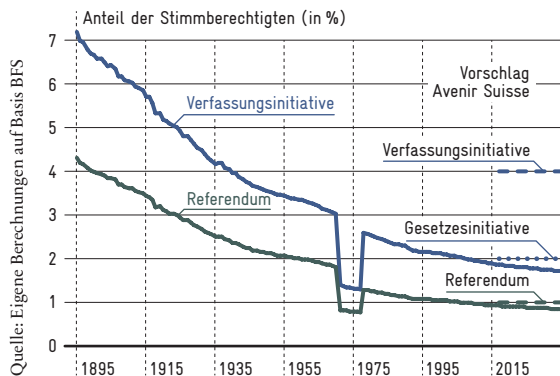
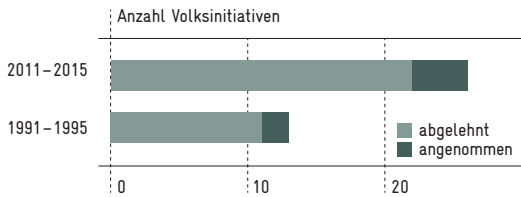
terschriftenzahl zu erhöhen und an die Entwicklung der Anzahl Stimmberechtigter zu binden. Für die Volksinitiative schlug Avenir Suisse 2015 ein Quorum von 4% (aktuell 212 000 Unterschriften) vor. Als Argument gegen diese Massnahme hört man oft, die grossen Parteien verfügten nach wie vor über genug Mobilisierungskraft um die erhöhte Unterschriftenanforderung zu erfüllen, während kleineren Bürgervereinigungen solche Vorstösse damit praktisch verunmöglicht würden. Gerade für professionell organisierte Interessen (seien es Parteien, Verbände oder Interessengruppen) spielen aber die Kosten, die bei der Lancierung einer Volksinitiative anfallen, durchaus eine Rolle. Erhöhen sich diese deutlich, verliert die Volksinitiative an Attraktivität, und die konventionellen Kanäle der Konsensdemokratie werden wieder attraktiver. Für einigermaßen breit abgestützte (aber vom Parlament nicht beachtete) Bürgerinteressen sollte hingegen (vor allem in der digitalen Welt) auch eine erhöhte Unterschriftenzahl gut und ohne Einsatz erheblicher (finanzieller) Ressourcen erreichbar sein.

Eine weitere Massnahme wäre ein Verbot für Bundesratsparteien Volksinitiativen zu lancieren. Schon heute werden allerdings die meisten von einer Partei unterstützten Initiativen gar nicht offiziell durch diese lanciert. So gesehen wäre der Nutzen eines solchen Verbots beschränkt. Der gezielte Einsatz der Volksinitiative als Werbeinstrument würde damit aber immerhin unterbunden. *LR*

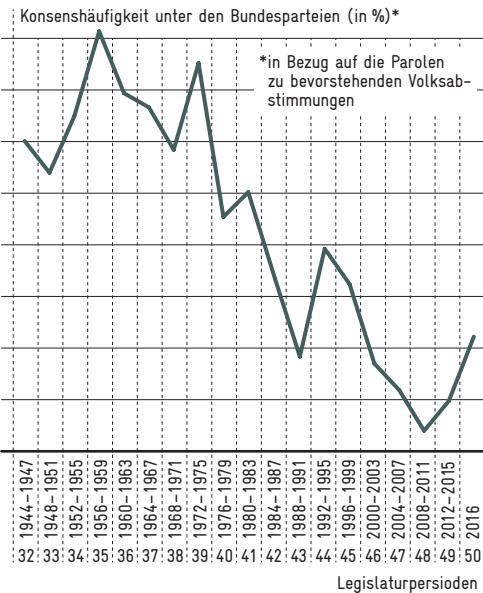
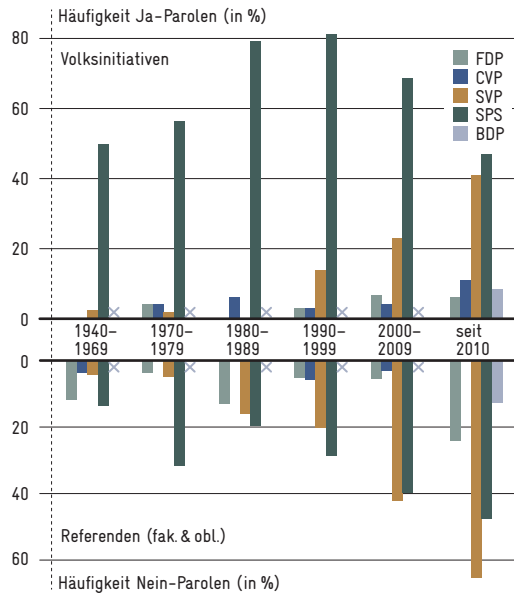
# Divergenz zwischen den Parteien, Konvergenz innerhalb



## Mehr Volksinitiativen, sinkende Hürden



## Der Konsens unter den Bundesratsparteien sinkt



1995	
12.03.2000	Vorlage 460. Kürzere Behandlungsfristen für Volksinitiativen. Volksinitiative ❌
24.09.2000	Vorlage 468. Konstruktives Referendum (Referendum mit Gegenvorschlag). Volksinitiative ❌
09.02.2003	Vorlage 493. Änderung der Volksrechte. Obl. Referendum ❌
01.06.2008	Vorlage 533. Volkssouveränität statt Behördenpropaganda. Volksinitiative ❌
27.09.2009	Vorlage 544. Verzicht auf Einführung der allgemeinen Volksinitiative. Obl. Referendum ✅
17.06.2012	Vorlage 561. Staatsverträge vors Volk. Volksinitiative ❌
09.06.2013	Vorlage 570. Volkswahl des Bundesrates. Volksinitiative ❌
2015	

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis www.c2d.ch